

 Stadt Ettlingen Der Oberbürgermeister		Protokoll zu Vorlage 2024/283		
Aktenzeichen: Federführung:	047.800.102 Amt für Marketing und Kommunikation			
Verwaltungsausschuss		Vorberatung	öffentlich	22.10.2024

Pr. 19

Einführung des Kfz-Kennzeichens ETT - Vorberatung Vorlage: 2024/283
--

Empfehlung: (Ja 13 Nein 1 Enthaltung 2)

Die Verwaltung wird beauftragt, sich weiter für die Vergabe des Kfz-Kennzeichens „ETT“ als optionale Möglichkeit für die Bürgerinnen und Bürger im Landkreis Karlsruhe einzusetzen.

- - -

Die Verwaltung teilte hierzu mit:

Beratungshistorie

Beteiligung des Ortschaftsrats

- ☐ Ist erfolgt Datum der Sitzung: _____
☒ nicht erforderlich

Folgekosten

Wird dem Antrag der Verwaltung zugestimmt, folgen keine weiteren Aufwendungen oder Erträge. Kommende Haushaltsjahre werden nicht durch zusätzlichen / neuen Ressourcenverbrauch belastet bzw. durch Einsparungen entlastet.

- - -

Beschlussempfehlung

Die Verwaltung wird beauftragt, sich weiter für die Vergabe des Kfz-Kennzeichens „ETT“ als optionale Möglichkeit für die Bürgerinnen und Bürger im Landkreis Karlsruhe einzusetzen.

Erläuterungstext

Durch die Fahrzeugzulassungsverordnung (FZV) und Erste Verordnung zur Änderung der Fahrzeugzulassungsverordnung und anderer straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften (FZVuaÄndV) wird derzeit geregelt, dass Landkreisen mehrere Ortskennungen zur Vergabe zugeordnet werden können, dabei aber keine neuen Kennungen definiert werden dürfen. Diese Rechtsänderung geht auf die „Kennzeichenliberalisierung“ zurück, die 2012 umgesetzt wurde. Dadurch können – wie in über 300 Fällen seither geschehen – die „auslaufenden Kennzeichen“, sog. „Altkennzeichen“, wiedereingeführt, neue Kennungen aber nicht definiert werden. Neue Kennungen für Zulassungsbezirke sind entsprechend § 9 Abs. 3 FZV derzeit nur bei nachgewiesener Überlastung der bestehenden Kennungen möglich.

Diese Regelung erzeugt eine weitere Verschärfung der Schieflage in der Wahrnehmung von Städten, weil nun zum Teil kleinere Städte eine eigene Kennung haben, da sie früher Kreisstadt waren, andere, oft größere Städte dagegen nicht. Auch die Tatsache, dass Kreisstädte schon vor der Änderung den doppelten Vorteil des Verwaltungsstandorts und der Wahrnehmung über die Kfz-Kennung haben, ist verzerrend wirksam.

Da Kfz-Kennzeichen mit ihrer starken öffentlichen Präsenz als das in der Regel wichtigste Symbol für die Marken von Städten anzusehen sind, bekommen durch die derzeitige Situation Städte unterschiedliche Wahrnehmungen, was aus Sicht des jeweiligen Stadtmarketings relevant für die Bereiche Ansiedlung, Wohnen, Freizeit- und Konsumverhalten, vor allem aber auch für die innere Wahrnehmung, die Identifikation und die Verortung der eigenen Bürgerinnen und Bürger ist.

Die Wahrnehmung Ettlingens wird ohnehin häufig – nicht zuletzt auch wegen des Kfz-Kennzeichens KA – durch die in unmittelbar angrenzende Großstadt Karlsruhe überlagert. Ein eigenes Kfz-Kennzeichen ETT ist daher – insbesondere unter Berücksichtigung der Tatsachen, dass es für die Kommune kostenfrei und für die Bürgerinnen und Bürger keinen Zwang bei der Wahl des Kfz-Kennzeichens darstellt – ohne Gegenargument aus Sicht des Stadtmarketings sehr vorteilhaft.

Die Stadt Ettlingen strebt daher die Einführung des Kfz-Kennzeichens „ETT“ an. Ziel ist eine entsprechende Rechtsänderung der Fahrzeugzulassungs-Verordnung in einer gemeinsamen Initiative mit anderen betroffenen Städten auf Landes- und auf Bundesebene.

Anlagen

Diese Vorlage enthält keine Anlagen.

Diskussion im Gremium

Oberbürgermeister Arnold verweist auf die Vorlage.

Stadträtin Stauch teilt mit, dass ihre Fraktion die Vorlage positiv sehe und dem Beschlussvorschlag zustimme.

Stadtrat Simon sieht das Thema kritisch; er wolle das Auto als Statussymbol nicht interessanter machen. Die entstehende Bürokratie und der Ressourcenverbrauch seien aus seiner Sicht zu vermeiden. Die Grünen würden daher verschieden abstimmen.

Stadtrat Maisch stimmt für seine Fraktion zu. Es bestehe natürlich die Gefahr, dass das Vorhaben durch die Vergabe bundeseinheitlicher Kennzeichen noch gestoppt werde.

Stadtrat Asché befürwortet die Maßnahme, da jeder für sich selbst entscheiden könne.

Stadtrat Dr. Armbruster spricht seine Zustimmung aus.

Stadträtin Fink-Trauschel stimmt ebenfalls zu. Sie glaube nicht, dass sich nur wegen des Kennzeichens jemand ein Auto kaufe.

Die vorstehende Beschlussempfehlung wird mehrheitlich bei einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen gefasst.

gez.
Johannes Arnold
Oberbürgermeister